

Berlins verlogene Dialogbereitschaft mit Russland

Teil I: <https://deutsch.rt.com/meinung/90580-berlins-verlogene-dialogbereitschaft-mit-russland/>

Teil II: <https://deutsch.rt.com/meinung/90771-merkels-verlogene-dialogbereitschaft-mit-russland-teil-zwei/>

26./31. 07.2017

Die Dialogbereitschaft der Bundesregierung mit Russland wird von Merkel und Co. immer wieder betont. Tatsächlich ist diese Bereitschaft nur gespielt. Sie soll das Volk beruhigen und Berlins hinterhältige Strategie an der Seite der "atlantischen Partner" gegen Moskau verdecken.

von Rainer Rupp

Wegen der angeblichen "Annexion" der Krim halten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union seit 2014 – vor allem auch auf Betreiben Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens – Wirtschaftssanktionen gegen Russland aufrecht. Gemeinsam mit den USA ist die offizielle Position der EU und auch der Bundesregierung: Nur wenn Russland die Annexion rückgängig macht, können wir die Sanktionen aufheben.

Seit 5 Jahren hat diese alles-oder-nichts-Forderung die EU in ihren am Boden liegenden Beziehungen zu Russland kein Jota weitergebracht. Vielmehr empfinden viele Wirtschaftszweige in den Ländern der EU die Kosten der Sanktionen als zunehmend schmerzhaft. Dazu kommt die Befürchtung, je länger die Sanktionen dauern, desto mehr orientiert sich Russland um und findet dauerhaft neue, verlässlichere Lieferländer. Für EU-Firmen schwinden damit die Aussichten, irgendwann wieder auf dem russischen Markt Fuß zu fassen.

Um diesen Befürchtungen verschiedener Wirtschaftsbranchen und auch den Sorgen großer Teile der Bevölkerung in Deutschland vor einem Konflikt mit Russland den Wind aus den Segeln zu nehmen, säuseln unsere Politiker seit Ende letzten Jahres zunehmend von ihrer Dialogbereitschaft mit Moskau. Man führe Gespräche, müsse aber in der Sache hart bleiben.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob es tatsächlich einen ernsthaften Dialog mit Russland gibt oder ob Berlins postulierte "Gesprächsbereitschaft" nur ein Lippenbekenntnis ist. Tatsächlich deutet viel darauf hin, dass es sich bei dem so oft zitierte

"Dialog mit Moskau" um eine Hinhaltetaktik zur Beruhigung der Bevölkerung handelt. Das gilt auch für die jüngste, von viel Medien-Tam-Tam begleitete, deutsch-russische "Petersburger Dialog"-Konferenz auf dem Petersberg in der Nähe von Bonn.

Zu Recht sah der ehemalige CDU-Staatsekretär und Kritiker der Berliner Russlandpolitik, Willy Wimmer, in dieser "Petersberger Konferenz" [nichts anderes](#) als eine "der vielen, obskuren Veranstaltungen zur weiteren Vergiftung der Gesprächsatmosphäre zwischen Russland und Deutschland". Als Beweis für diese Äußerung Willy Wimmers sollte man sich zum Beispiel [das Interview ansehen](#), das der Sender TV-Nachrichtensender *Phoenix* vor dem Petersberg mit dem grünen Kalten Krieger Ralf Fücks geführt hat. Demnach ist Russland der Gegner unserer liberalen Demokratie, gegen den wir uns nur durch den Aufbau eines glaubwürdigen Abschreckungspotentials wehren können, was implizit natürlich neue Atomwaffen bedeutet.

Mehr zum Thema - [Grüne und ihr Kampf gegen Russland: Das vormoderne Denken des Zentrums Liberale Moderne](#)

Unterwerfung statt gleichberechtigter Partnerschaft

Mit dieser Sicht der Dinge dürfte Fücks mit dem Großteil der Anhänger von Kanzlerin Merkels geliebter, aber gefährdeter neoliberaler Ordnung in Berlin und ihren Konsorten in Brüssel und Washington übereinstimmen. An einem einvernehmlichen Auskommen mit Russland haben diese Herrschaften kein echtes Interesse. Für die westlichen Regierungen kann Moskau nichts richtig machen, weil sich weder die Führung im Kreml noch das russische Volk mit der westlichen "der-Gewinner-kriegt-alles"-Weltordnung anfreunden können.

Nur wenn Russland sich auf den Rücken werfen und den NATO-Vertretern den Hals anbieten würde, damit sie das Riesenland – wie schon einmal ansatzweise unter Präsident Jelzin – nach Belieben ausschlachten könnten, wäre der Westen zufrieden. Offensichtlich sind auch die führenden Personalien in Berlin an der langfristig angelegten, westlichen Konfrontationsstrategie gegen Moskau beteiligt. Anders sind die ultimativen Forderungen und Bedingungen der Bundesregierung für ein Ende der Sanktionen gegen Russland nicht zu verstehen.

Nachdem Berlin und die EU seit 5 Jahren mit ihrer Forderung "Ohne Rückgabe der Krim kein Ende der Sanktionen" kein bisschen weiter gekommen sind, wäre es an der Zeit zu fragen, wie klug diese These überhaupt ist, die bereits zu einem westlichen

Mantra wurde. Die Antwort auf diese Frage hatte lange zuvor schon Albert Einstein geliefert, nämlich: "Wenn man unter den gleichen Bedingungen immer wieder das selbe tut, und jedes Mal hofft, dass dabei etwa anderes herauskommt, dann ist das Dummheit!" Das wäre eine absolut korrekte Beschreibung der seit 5 Jahren andauernden EU-Sanktionspolitik unter deutscher Führung, wenn man sich dadurch eine Verhaltensänderung Moskaus erhofft hätte.

Aber sind die Herrschaften in Berlin wirklich so dumm? Sicherlich nicht, denn man kann die Sache auch aus einem ganz anderen Blickwinkel sehen – und dann reflektieren die Sanktionen eine gerissene und hinterhältige Strategie des Westens. Nach dieser Lesart hat der Westen die Sezession der Krim von der Ukraine und deren anschließende Aufnahme in die russische Föderation lediglich als willkommene Gelegenheit genutzt, um vor der Öffentlichkeit einen lupenreinen moralischen Vorwand zu haben, Russland politisch und wirtschaftlich dauerhaft zu schwächen.

Demnach hatten und haben die Sanktionen gegen Russland nie den Zweck, im Kreml einen sowieso nicht zu erreichenden Politikwechsel zu bewirken. Vielmehr geht es darum, vom hohen moralischen Ross die Drangsalierung des russischen Volkes zu rechtfertigen, was ohne den Krim-Vorwand schwer möglich gewesen wäre. Neben einem Dämpfer des Wirtschaftswachstums und weniger Ressourcen im Staatshaushalt hatten die Sanktionen auch ein geringeres Konsumgüterangebot und stark erhöhte Preise, vor allem auf Westimporte, zur Folge. Das war es, womit der Westen hoffte, Druck auf die Bevölkerung auszuüben und Unzufriedenheit gegen den Kreml zu schüren.

Altbewährte Taktik des Westens

Es wäre bei weitem nicht das erste Mal gewesen, dass der Westen mit dieser Taktik operiert. Auch die Sanktionen gegen die irakische Bevölkerung sollten damals die Leute dazu bringen, Saddam Hussein davonzujagen. Auch im aktuellen Fall des Iran sollen die Sanktionen Unruhe in der Bevölkerung schüren und den Weg für einen Regimewechsel vorbereiten. In diesem Zusammenhang müssen auch die Sanktion gegen Russland gesehen werden. Deshalb sollen sie ja auch ewig dauern. Sanktionen auf ewig sagen auch die Vertreter der Bundesregierung in Berlin, wenn sie die Strafmaßnahmen gegen Russland erst dann aufheben wollen, wenn der Kreml die angebliche "Annexion der Krim" wieder rückgängig gemacht hat. Das aber wird nie geschehen.

Das bringt uns zur nächsten Frage: Wie realistisch ist eigentlich die westliche Forderung nach der Rückgabe der Krim? Oder: warum kann der Kreml diese Forderung nicht erfüllen, selbst wenn er wollte?

Westliche Politiker wissen, dass eine Annullierung des Beitritts der Krim zur russischen Föderation bedeuten würde, dass Moskau in einem ungeheuerlichen Akt das Ergebnis jener Volksbefragung mit Füßen treten würde, bei der 95 Prozent der Krim-Bevölkerung in freier und geheimer Wahl ihren Willen der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation erklärt hatten.

Abgesehen von dem Aufschrei der russischen Bevölkerung bei einem Versuch, die Krim aus der Russischen Föderation zu werfen, müssten das russische Parlament und der russische Föderationsrat einem solchen Unterfangen zustimmen. Wahrscheinlich gäbe es nicht einmal eine einzige Stimme dafür. Denn im Unterschied zum Westen hat man in Russland nicht vergessen, was damals in der Ukraine passiert ist und wovor sich die Menschen auf der Krim so schnell wie möglich in die Arme der Russischen Föderation in Sicherheit bringen wollten.

Tatsächlich sind die Menschen der Krim Flüchtlinge, nur sind sie in diesem Fall nicht mit Koffern und Rucksäcken nach Russland geflohen, sondern sie haben ihre Häuser und ihre ganze Halbinsel mitgebracht. In einer unangefochtenen demokratischen Abstimmung haben sie ihr Votum für die Zugehörigkeit ihrer Krim zu Russland gegeben. Ausgelöst wurde diese Flucht durch die Machtübernahme gewaltextremistischer Nationalisten und faschistischer Russenhasser in der Ukraine. Die hatten 2014 auf dem "Maidan" in der Hauptstadt Kiew die Putschisten gegen die rechtmäßig, demokratisch gewählte Regierung angeführt. Dabei wurden sie von der EU und den USA auf alle nur erdenkliche Weise unterstützt.

Angesichts des überall demonstrierten Hasses der neuen Machthaber in Kiew gegen alles Russische, sogar gegen die russische Sprache, hatte damals die Bevölkerung der Krim aus Sorge um ihre Zukunft und um die ihrer Kinder der Ukraine den Rücken gekehrt – und hat ihr Land gleich mitgenommen. Vor diesem Hintergrund ist leicht erkennbar, dass die Forderung der Bundesregierung nach einer Rückkehr der Krim in die Ukraine total unrealistisch ist.

Was wäre wenn...Russland die Krim an die Ukraine geben würde

Aber spielen wir trotzdem mal durch, was passieren würde, wenn Moskau der westlichen Forderung nachkäme. Dann würde die lokale Bevölkerung, die zu über 80 Prozent ethnisch russischer Herkunft ist, den russophoben, faschistischen Milizen und anderen hasserfüllten Gewaltextremisten "zum Fraß" vorgeworfen. Auch mit der Wahl des neuen Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, hat sich an der traurigen Realität im Land nichts geändert. In den so genannten "Machtministerien" in Kiew, im Militär, bei den Geheimdiensten und in der Polizei halten gewaltbereite Russenhasser weiterhin die zentralen Positionen besetzt.

Mehr zum Thema - [Keine Nazis in der Ukraine? Rosa-Luxemburg-Stiftung rüttelt an Mythos](#)

Die Faschisten verfügen sogar über beachtliche, von den US-Amerikanern kriegsmäßig bestens ausgerüstete, militärisch organisierte Kampfgruppen, die inzwischen über 5 Jahre Kampferfahrungen gegen die Regimegegner im Donbass haben. Diese Gefahren werden von der Bundesregierung als reine Hirngespinnste abgetan. Denn weder unsere Politiker in Berlin noch ihre Kampfpresse haben bis heute in der Ukraine einen Faschisten entdeckt, obwohl der damalige bundesdeutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2014 in der Deutschen Botschaft in Kiew neben dem Faschistenführer Oleg Tjagnibok für ein gemeinsames, offizielles Foto posierte. Tjagniboks Swoboda betrieb in der Ukraine damals das inzwischen umbenannte Joseph-Goebbels-Institut, in dem alle faschistischen Klassiker ins Ukrainische übersetzt wurden.

Also angenommen, Moskau würde tatsächlich gegen alle innenpolitischen Widerstände der westlichen Forderung nach einem Abzug von der Krim nachkommen, was würde dann geschehen? So sicher wie das Amen in der Kirche würden als Erste die von Russenhass erfüllten Bataillone der Nazi-Milizen auf der Krim einrücken. Was dann passieren würde, das lässt der 2014 mit unvorstellbarer Grausamkeit durchgeführte Massenmord an Antifaschisten im Gewerkschaftshaus in Odessa nur erahnen.

Damals waren die Demonstranten vor den gewalttätigen Faschisten ins Gewerkschaftshaus geflüchtet. Das Gebäude wurde von den teils mit Schusswaffen auf die Fliehenden schießenden Verfolgern angezündet. Wer nicht erstickte oder verbrannte, sprang unter dem Gejohle der Mörderbande in Verzweiflung aus den oberen Stockwerken. Wer den Sprung auf das Pflaster mit gebrochenen Gliedern überlebte, wurde anschließend durch Nazi-Killer mit Baseballschlägern erschlagen. Während der ganzen Zeit sah die ukrainische Polizei dem Morden tatenlos zu, nicht unbedingt, weil sie

die blutrünstigen Nazis unterstützte, sondern aus Angst, womöglich als "Russenfreunde" selbst zur Zielscheibe der Nazis zu werden.

Bis heute wurde dieses Massaker von den ukrainischen Behörden nicht aufgearbeitet. Trotz zahlloser Bilder und Videos über die Mordtaten wurde keiner der Killer je von offizieller Seite identifiziert. Niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Und die westlichen Medien haben den unpassenden Vorfall in ihrer "Gedächtnislücke" entsorgt.

Laut westlichem Narrativ jedoch besteht in Fall eines russischen Rückzugs von der Krim keine Gefahr für die lokale ethnisch-russische Bevölkerung, denn per Berliner Definition gibt es in der Ukraine gar keine Nazis, sondern höchstens ein paar harmlose Nationalisten. Für die Bevölkerung in Russland ist jedoch klar, was ihre Landsleute auf der Krim nach einem russischen Rückzug zu erwarten hätten. Wer auch immer im Kreml einen solchen Rückzug befehlen würde, er würde von der empörten russischen Bevölkerung davongejagt.

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die russische Regierung der ultimativen Forderung des Westens nach einem russischen Rückzug von der Krim – bei Strafe ihres eigenen Untergangs – unmöglich nachkommen kann. Und das wissen auch Frau Merkel und Co. Dennoch fordern sie genau das unentwegt. Wenn man aber dem anderen seit fünf Jahren ständig dieselben unerfüllbaren Bedingungen stellt, will man dann überhaupt weiter kommen? Treffen auf diese ständig wiederholte ultimative Forderung überhaupt die Begriffe "Verhandlungen", "Gespräche" oder "Dialog" zu? Oder ist es vielmehr Augenwischerei für die Bevölkerung, dass man sich vorgeblich "bemüht", im Dialog mit den Russen zu bleiben.

Diesen Fragen gehe ich im Teil II nach.

Im ersten Teil ging es um die vermeintliche "Dialogbereitschaft" der Bundesregierung gegenüber Russland. Im zweiten Teil soll aufgezeigt werden, warum "Eliten" von Berlin, über Brüssel bis nach Washington an einer friedlichen Beilegung der Ukraine Krise nicht interessiert sind.

Tatsächlich ist die "Dialogbereitschaft" mit Russland von Merkel und Co. nur gespielt. Sie soll das Volk beruhigen und Berlins hinterhältige Strategie an der Seite der "atlan-

tischen Partner" gegen Moskau verdecken. Noch verlogener sind nur die Begründungen der Sanktionen gegen Russland. Diesbezüglich hatte die SPD-Fehlbesetzung auf dem Posten des Bundesaußenministers vor fast genau einem Jahr mal wieder den Vogel abgeschossen. Am 18.08.2018 hatte Heiko Maas nämlich in einem Interview erläutert, warum Deutschland die Krim niemals als Teil Russlands anerkennen wird, weil nämlich andere Staaten dies laut Maas als grünes Licht für "völkerrechtswidriges" Handeln auffassen könnten.

Offensichtlich kann oder will der deutsche Chefdiplomat nicht unterscheiden zwischen der Russland vorgeworfenen, gewaltsamen Annexion der Krim einerseits und der friedlichen Sezession der Krim von der Ukraine und ihrem anschließenden Beitritt zur russischen Föderation andererseits. Er kann offensichtlich auch nicht unterscheiden zwischen einer Operation mit militärischer Gewalt und einer friedlichen Sezession mit überwältigender Mehrheit im Rahmen einer Volksabstimmung. [Wörtlich sagte](#) Maas damals gegenüber der *Welt am Sonntag*: "Wenn wir die Krim als russisches Territorium anerkennen, wäre das womöglich eine Einladung an andere, völkerrechtswidrig zu handeln". Zugleich begrüßte er die Verlängerung der Russland-Sanktionen im EU-Rat, was davon zeuge, "wie ernst die EU ihre Werte" wahrnehme.

Seltsam nur, dass der bedingungslose Israel-Freund und Bußegänger Maas in all den Jahren noch keinen Pieps von sich gegeben hat, wenn es um die die blutigen Annexionen der Golanhöhen, des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens oder um die brutale Unterdrückung der lokalen Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch die Groß-Israel-Fanatiker ging. Bisher hat Israel gegen viele Dutzende von UN-Resolutionen verstoßen. Aber hat es auch nur einmal deutsche Sanktionen gegen Israel oder Befürchtungen gegeben? Hat die Bundesregierung sich je darum Sorgen gemacht, dass ihr Stillhalten gegenüber dem beständigen völkerrechtswidrigen Handeln des jüdischen Staates, "womöglich eine Einladung an andere" sein könnte?

An dieser Stelle nehmen Apologeten die Nachsicht der Bundesregierung gegenüber den Verbrechen Israels mit dem Verweis auf die "besondere, jüngere Geschichte" Deutschlands in Schutz. Aber wenn es gegen andere Staaten geht, dann hatten auch alle bisherigen Bundesregierungen keine Skrupel, sich selbst an Völkerrechtsverbrechen zu beteiligen. Obwohl im Zweiten Weltkrieg Deutsche vor allem auch in Serbien mordeten, plünderten und Konzentrationslager der schlimmsten Art betrieben, hat sich vor 20 Jahren die SPD/Grünen-Regierung der Bundesrepublik an dem völkerrechtswidrigen NATO-Überfall und der militärischen Zerschlagung und der territoria-

len Zerstückelung zuerst Jugoslawiens als Ganzes und dann auch noch Serbiens aktiv beteiligt.

Kosovo, die uralte Provinz Serbiens, wurde von der NATO mit Gewalt von Serbien abgetrennt und einer Bande von albanischen UÇK-Verbrechern zugeschlagen, die noch wenige Jahre zuvor auf der Terror-Liste der US-Außenministerium und ebenso auf der des BND gestanden hatte.

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der NATO-Aggression gegen Jugoslawien im März dieses Jahres hatte sich Maas zu Wort gemeldet und nochmals die NATO-Bomben auf serbische Großstädte und die anschließende Abtrennung des Kosovo [ausdrücklich "für richtig" erklärt](#).

Als Zwischenergebnis können wir hier also zusammenfassen, dass nicht nur die Dialogbereitschaft mit Russland vorgetäuscht, sondern die gesamte neo-imperialistische Außenpolitik der deutschen Regierung total verlogen ist.

Tatsächlich handelt es sich bei der von Merkel und Co. vielzitierten "Dialogbereitschaft mit Moskau" lediglich um eine Hinhaltenaktik zur Beruhigung der Bevölkerung. Das ist leider keine Verschwörungstheorie, denn gerade mit diesem Argument hat Maas sein Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow anlässlich des jüngsten deutsch-russischen Petersburger Dialogs, der Mitte Juli dieses Jahres erstmals auf dem Petersberg bei Bonn stattfand (siehe [Teil I](#)), gegenüber den strammen Trans-Atlantikern entschuldigt, die eine noch härtere Gangart gegenüber Moskau forderten und fordern.

Laut einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* sagte Maas dort, dass auf politischer Ebene die Beziehungen in der Vergangenheit zwischen Moskau und Berlin "durchaus schwierig" gewesen seien. Russland und Deutschland seien immer nur sehr kurz zur Sprache gekommen. Aber jetzt wolle man hier (auf dem Petersberg) auf die gemeinsamen Interessen setzen.

"Wo sehen wir trotz der Schwierigkeiten Schnittmengen?", zitiert die SZ Maas, der mit Eifer betonte, dass "diese Frage immer wieder gestellt werden" müsse, allein schon deshalb – so der Außenminister – weil einer Studie zufolge "94 Prozent aller Deutschen eine gute Beziehung zu Russland für wichtig hielten", so der [Bericht der SZ](#).

Das ist eine Sensation! 94 Prozent. Wenn bisher die bereits sehr hohe Zahl von 80 Prozent der Deutschen, die gute Beziehungen zu Russland wollen, in die Meinungsarena geworfen wurde, vermuteten viele, hier hätten sicherlich sogenannte "Putin-Versteher" etwas übertrieben. Dazu aber hat Maas gewiss keinen Grund, eher umgekehrt. Das Fazit aber, dass das deutsche Volk fast einstimmig – und 94 Prozent bedeuten 'fast einstimmig' – in Frieden und Freundschaft mit Russland leben will, ist überwältigend.

Sofort stellt sich hier jedoch die Frage, warum zur gleichen Zeit die so genannten "Diener des Volkes" in der Bundesregierung alles tun, um den erklärten Volkswillen zu konterkarieren.

Auf dem Petersberg bei Bonn hat Maas sich allerdings aufrichtig bemüht, das Volk mit einem Placebo ruhigzustellen. [Beschwichtigend betont](#) er, dass wir ja "ohne Moskau die dringenden Fragen der Weltpolitik nicht beantworten" könnten und ein "anhaltender Frieden in Europa" nur erreicht werden könne, "wenn wir zusammenarbeiten". Allerdings dürfte diese Beruhigungsspielchen schnell an Wirkung verloren haben, als zeitgleich andere führende Krisen- und Kriegstreiber in der Bundesregierung in altbekannter Schärfe Russland unter Feuer nahmen.

Und auch Kanzlerin Merkel persönlich [machte in der SZ Stimmung](#) gegen Moskau, indem sie erklärte, sie beobachte "generell mit Besorgnis", wenn Russland versuche, "Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen." Schließlich sollte doch mittlerweile jeder wissen, dass immer, wenn die Italiener oder die Ungarn sich gegen Brüssel auflehnen oder in Frankreich Macron Probleme mit den Gelb-Westen hat oder die Briten jetzt sogar zu einem No-Deal Brexit bereit sind, Russland an allem Schuld ist.

Bei ihrer Stimmungsmache gegen Moskau wurde Merkel in den Medien kräftig von einem US-General sekundiert, der bis vor kurzen noch der höchste US-Offizier in Europa war. General Breedlove, der Ex –Oberkommandeur aller NATO-Truppen in Europa (SACEUR), bemühte sich nach Kräften, den Lesern des "Qualitätsblatts" *BILD*-Zeitung eine irrationale Angst vor dem im Kreml residierenden 'Teufel' einzubläuen. [Russland führe](#) schon jetzt einen verdeckten Krieg gegen den Westen. Betroffen sei jedes einzelne Land. Deshalb sei die "NATO noch nie so wichtig gewesen wie heute", so der amerikanische Kriegstreiber und Rüstungslobbyist.

Auch die neue deutsche Verteidigungsministerin A.K.K. erfüllte die in sie gesetzten Hoffnungen in ihrem neuen Amt. Bereits als CDU-Chefin hatte sie die Verlängerung

der Russland-Sanktionen gegen alle Kritik aus der Wirtschaft energisch verteidigt. Die russische Regierung habe mit der "Annektierung der Krim" und dem (angeblichen) "Einmarsch in die Ostukraine" Völkerrecht verletzt. Europas Antwort könne nicht sein, das tatenlos hinzunehmen. Im Stil der hiesigen Umschreibung von "Schurkenstaaten" bezeichnete sie die russische Regierung sogar als "Regime". [Laut FAZ-Zitat sagte](#) sie:

"Ich habe durchaus eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einem Land und vor allem einem Regime, von dem wir wissen, dass es auch massiv versucht, unser politisches System in Europa und auch hier in Deutschland unter Nutzung von digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, unter Nutzung von fake news – früher hat man das Propaganda genannt – zu destabilisieren." Was hat unser Land nur verbrochen, um eine solche Verteidigungsministerin, eine solche Regierung zu verdienen?

Und dann ertönte eine Stimme: "Seid froh. Es hätte schlimmer kommen können". Und es kam schlimmer, nämlich in der Gestalt der Ursula von der Leyen, die in einer zynischen Polit-Rochade nach Brüssel weggelobt worden war. In ihrem neuen Job als EU-Kommissionspräsidentin, in den sie in einem vorbildlichen Beispiel von "EU-Demokratie" nach allen Regeln der politischen Manipulation und Hinterzimmer-Deals von unser selbtherrlichen Eliten "gewählt" wurde, kann sie weiterhin ihre unverhohlene Feindseligkeit gegen Russland ausleben, diesmal allerdings sogar auf gesamter EU-Ebene.

In ihren ersten Interviews in ihrem neuen Job bekräftigte sie mit Entschiedenheit – und zur Freude aller Atlantiker – ihren harten Kurs gegenüber Moskau und forderte eine starke EU-Armee. Wörtlich sagte sie in einem [Interview der Zeitung Die Welt](#):

"Der Kreml verzeiht keine Schwäche. Aus einer Position der Stärke heraus sollten wir an den Russlandsanktionen festhalten".

Sie lehnt – anders als ihre früheren Kollegen in der Bundesregierung – sogar den (wenn auch gefakten) Dialog mit Moskau ab. Ein Entgegenkommen durch Dialog und Kompromisse gegenüber Moskau kommt für sie nicht in Frage, sondern – wie sie oben betont hat – einzig militärische Stärke. Als ob die europäischen Staaten als Teil der NATO mit ihren Panzern, Schiffen und Flugzeugen noch nicht nahe genug an die Grenzen Russlands vorgerückt wären.

Aber von der Leyen ist zumindest ehrlich und versteckt sich nicht hinter angeblicher Gesprächsbereitschaft. Denn das Ziel westlicher Strategen ist es, mit der Hilfe der

Sanktionen die russische Wirtschaft zu schwächen. Zugleich wird versucht, mit NATO-Militäraufmärschen und Drohgebärden an Russlands Grenzen dem Kreml ein neues Wettrüsten aufzuzwingen, das nur auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung durchzuhalten wäre. Auf diese Weise würde Unzufriedenheit in gewissen Schichten der Bevölkerung gegen den Kurs im Kreml geschürt werden könne, so hofft man.

Von einer solchen Politik versprechen sich westliche Strategen eine Stärkung oppositioneller, prowestlicher Kräfte unter den russischen Eliten, die im Rahmen der neo-liberalen Globalisierung lieber an den materiellen Verlockungen der westlichen (Un-)Wertegemeinschaft teilhaben würden, als weiter dem entbehungsreichen Kurs der nationalen Souveränität gegen die US-geführte Hegemonie zu folgen. Diese NATO-Strategie hatte ja Ende der 1980er Jahre schon einmal sehr gut geklappt und schließlich 1991 zur Auflösung der Sowjetunion geführt. Damals – inmitten des so gewollten Chaos und der allgemeiner Gesetzlosigkeit – standen die Türen zu den immensen russischen Reichtümern einige Jahre für den Zugriff westlicher Konzerne weit offen. Gestoppt wurde diese Entwicklung erst, als es einer neuen Gruppe von russischen "Souveränisten" um Wladimir Putin gelang, die russische Selbstbestimmung zurückzuerobern und den westlichen Einfluss Schritt für Schritt wieder zurückzudrehen.

Vor diesem Hintergrund müssen die westlichen Sanktionen als erneuter Versuch der US- und NATO-Imperialisten gesehen werden, um Russland abermals zu schwächen, zu destabilisieren und mittel- bis langfristig mit einer neuen "Farben-Revolution" einen weiteren Umsturz zu versuchen. Die Aufregung über die Sezession der Krim ist nur ein willkommener Vorwand. Wenn es die "Krim-Annexion" nicht gäbe, wäre etwas anderes erfunden worden, um die Sanktionen zu rechtfertigen.

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum "der Westen" immer wieder Russland die unmöglich erfüllbare Forderung (siehe Teil I) nach einer "Rückgabe" der Krim als unabdingbare Vorbedingung für bessere Beziehungen und für ein Ende der Sanktionen stellt. Wenn man ständig und total unflexibel etwas fordert, was der andere unmöglich erfüllen kann, dann gibt es nur einen logischen Schluss: Die Falken in Berlin, in Brüssel bei der EU und der NATO und ebenso in Washington, D.C. sind weder an einer Verbesserung der Beziehungen zu Russland noch an einer Entspannung zwischen der Ukraine und Russland interessiert.

Wenn es anders wäre, würde man nämlich in den angeblich so zahlreichen mit Russland geführten Gesprächen – wie zuletzt auf dem drei-tägigen, deutsch-russischen

Dialog auf dem Petersberg bei Bonn –nach anderen Wegen für einen friedlichen Ausgleich zwischen Russland und der Ukraine gesucht haben und weiter suchen. Man könnte z.B. daran denken, dass die Ukraine für den ökonomischen Verlust der Krim angemessen entschädigt würde. Russland hat Energieressourcen im Überfluss und die Ukraine bräuchte diese dringend.

Ein langfristiges, vergünstigtes Handelsabkommen für Öl und Gas wäre z.B. für die wirtschaftlich am Boden liegende Ukraine eine dringend benötigte Hilfe. Ein solcher Schritt könnte zudem die Weichen für eine weitere wirtschaftliche und politische Annäherung zwischen Kiew und Moskau stellen. Aber genau an einer solchen Entwicklung, gar Annäherung zwischen den beiden Nachbarn, sind die westlichen Falken überhaupt nicht interessiert. Stur verfolgen sie ihre langfristig angelegte Strategie. Diese lautet: Mit Hilfe der lokalen militärischen und politischen Neonazi-Strukturen die Ukraine vollkommen zum Frontstaat, zum NATO-Rammbock gegen Russland umzubauen, und zwar auf Kosten der dort lebenden Bevölkerung.

Als integraler Teil des üblen "Werte-Westens" ist auch unsere verlogene Bundesregierung an einer echten Verbesserung zwischen der Ukraine und Russland nicht interessiert. Jüngst ist diese Behauptung ausgerechnet durch den frisch gewählten Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij bestätigt worden. Der war in Bezug auf die Beziehungen seines Landes mit dem großen Nachbarn Russland nicht länger gewillt, sich vom Westen bevormunden lassen, hatte bei der Suche nach Möglichkeiten für einen echten Dialog auf eigene Faust die Initiative ergriffen und vor drei Wochen ohne westliche Aufpasser einfach mal ein direktes Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin geführt. Laut Medienberichten, die auch nicht dementiert wurden, hatte Selenskij im Anschluss erklärt, dass ihm im Vorfeld seines Anrufs viele (NATO-) "Partner-Staaten" der Ukraine von dem Telefonat mit Putin dringend abgeraten hätten.

Wörtlich sagte Selenskij:

"Alle – nennen wir sie mal Partner der Ukraine – waren dagegen, dass ich Putin angerufen habe. Ich habe mich dafür entschieden, Putin anzurufen, weil es – in erster Linie – ein Anliegen der Ukraine und unserer Bürger ist. ... Wir müssen unseren Partnern dankbar sein, aber gleichzeitig auch eine eigene Meinung haben. Deshalb habe ich Putin angerufen. Alle haben versucht, mir vor diesem Gespräch Angst zu machen", fügte er hinzu.

Mit seiner Initiative, der Fremdbestimmtheit der Politik der Ukraine zu entkommen, droht Selenskij die westliche Strategie der Konfrontation mit Russland zu unterlaufen. Diese zielt nach eigenem Bekunden von US-amerikanischen Falken darauf ab:

Erstens die Ukraine als Krisenherd an der russischen Grenze zu erhalten. Denn je nach dem Verhalten Russlands in anderen Weltregionen könnte Washington das schwelende Feuer im Donbass nach Belieben hoch oder runter fahren.

Und zweitens ist die US-Strategie langfristig darauf angelegt, für einen eventuellen Konflikt die hoch motivierten, faschistischen Milizen zur Speerspitze gegen Russland auszubilden und zu deren Unterstützung Hunderttausende von Soldaten und Reservisten der regulären, aber schlecht ausgebildeten und ausgerüsteten ukrainischen Armee als Kanonenfutter einzusetzen.

Schlimm ist, dass sich die europäischen Falken – vor allem die in Berlin – gegen den einstimmigen Willen des eigenen Volkes, an der US-Strategie der Konfrontation mit Russland beteiligen, die zudem auf dem Rücken des gebeutelten ukrainischen Volkes ausgetragen wird, das zu unterstützen der Westen vorgibt.

Wenn Selenskij tatsächlich hinter die Kulissen dieser Politik geschaut hat und seine Initiative zur eigenständigen Kontaktaufnahmen mit dem Kreml so zu erklären ist, dann wäre das tatsächlich ein Hoffnungsschimmer. Dafür aber müssten zunächst noch viele Hindernisse überwunden werden. Dies wird das Thema eines nächsten Artikels sein.